

ARCHIVES HISTORIQUES DE LA COMMISSION

COLLECTION RELIEE DES
DOCUMENTS "COM"

COM (69)1331

Vol. 1969/0237

Disclaimer

Conformément au règlement (CEE, Euratom) n° 354/83 du Conseil du 1er février 1983 concernant l'ouverture au public des archives historiques de la Communauté économique européenne et de la Communauté européenne de l'énergie atomique (JO L 43 du 15.2.1983, p. 1), tel que modifié par le règlement (CE, Euratom) n° 1700/2003 du 22 septembre 2003 (JO L 243 du 27.9.2003, p. 1), ce dossier est ouvert au public. Le cas échéant, les documents classifiés présents dans ce dossier ont été déclassifiés conformément à l'article 5 dudit règlement.

In accordance with Council Regulation (EEC, Euratom) No 354/83 of 1 February 1983 concerning the opening to the public of the historical archives of the European Economic Community and the European Atomic Energy Community (OJ L 43, 15.2.1983, p. 1), as amended by Regulation (EC, Euratom) No 1700/2003 of 22 September 2003 (OJ L 243, 27.9.2003, p. 1), this file is open to the public. Where necessary, classified documents in this file have been declassified in conformity with Article 5 of the aforementioned regulation.

In Übereinstimmung mit der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 354/83 des Rates vom 1. Februar 1983 über die Freigabe der historischen Archive der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft (ABl. L 43 vom 15.2.1983, S. 1), geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1700/2003 vom 22. September 2003 (ABl. L 243 vom 27.9.2003, S. 1), ist diese Datei der Öffentlichkeit zugänglich. Soweit erforderlich, wurden die Verschlussachen in dieser Datei in Übereinstimmung mit Artikel 5 der genannten Verordnung freigegeben.

KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

KOM(69) 1331 endg.

Brüssel, den 20. Dezember 1969

VORSCHLAG EINER ENTSCHEIDUNG DES RATES über eine Abweichung von der Entscheidung des 9. Oktober 1961 zur Vereinheitlichung der Laufzeit von Handelsabkommen hinsichtlich des von den Regierungen der Italienischen Republik und der UdSSR ausgehandelten langfristigen Abkommens über die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen

(von der Kommission dem Rat vorgelegt)

VORSCHLAG EINER ENTSCHEIDUNG DES RATES mit der die Geltungsdauer des Handelsabkommens zwischen Italien und Jugoslawien über die Übergangszeit hinaus genehmigt wird

(von der Kommission dem Rat vorgelegt)

KOM(69) 1331 endg.

E N T W U R F

VORSCHLAG FÜR EINE ENTSCHEIDUNG DES RATES

vom

über eine Abweichung von der Entscheidung des 9. Oktober 1961 zur Vereinheitlichung der Laufzeit von Handelsabkommen hinsichtlich des von den Regierungen der Italienischen Republik und der UdSSR ausgehandelten langfristigen Abkommens über die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen.

DER RAT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN,

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 111 und 113,

auf Vorschlag der Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Nach Artikel 1 der Entscheidung des Rates vom 9. Oktober 1961 (1) darf die Laufzeit der Abkommen über die Handelsbeziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern die Übergangszeit nicht überschreiten.

Die italienische Regierung hat mit der Regierung der UdSSR ein langfristiges Abkommen über die Handelsbeziehungen für den Zeitraum 1970/1974 ausgehandelt.

Das Hauptziel des Abkommens, ein möglichst weitgehender Ausbau der Handelsbeziehungen zwecks Erlangung aller für beide Seiten möglichen Vorteile, ist mit der allgemeinen Ausrichtung der gemeinsamen Handelspolitik nicht unvereinbar.

Die Mittel und Einzelheiten der Durchführung dieses Abkommens, wie z.B. die jährliche Festsetzung von Kontingentslisten, dürfen die Durchführung der gemeinsamen Handelspolitik nicht behindern.

.../...

(1) Ab Nr. 71 vom 4.11.1961, Seite 1274/61

In Erwägung nachstehender Gründe :

Der Aushandlung dieser Kontingentslisten müssen aufgrund der Entscheidung des Rates vom 9. Oktober 1961 über die Einführung eines Konsultationsverfahrens (1) Konsultationen auf Gemeinschaftsebene vorausgehen.

In keinem Fall darf die Geltungsdauer etwaiger Kontingentslisten den 31. Dezember 1970 überschreiten.

Alle Durchführungsmassnahmen für das Abkommen, die nach Ende der Übergangszeit getroffen werden, insbesondere die Festsetzung von Kontingentslisten für die Jahre 1971 und ff. durch die beiden Vertragsparteien müssen den bereits geltenden Gemeinschaftsvorschriften sowie allen anderen Entscheidungen entsprechen, die der Rat auf diesem Gebiet erlassen wird.

Eine Klausel des Abkommens besagt, dass jede der beiden Parteien im Hinblick auf ihre internationalen Verpflichtungen Konsultationen verlangen kann, um etwaige angemessene Massnahmen auszuhandeln, ohne dadurch jedoch die grundsätzlichen Zielsetzungen des Abkommens zu beeinträchtigen.

Den Zusicherungen der italienischen Regierung zu Folge gibt diese Klausel Italien die Möglichkeit, den Verpflichtungen aus dem Vertrag nachzukommen, insbesondere im Hinblick auf die Durchführung der gemeinsamen Handelspolitik. -

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Der Italienischen Republik wird für das langfristige Abkommen über die Handelsbeziehungen zwischen den Regierungen der Italienischen Republik und der UdSSR eine Abweichung von Artikel 1 der Entscheidung des Rates vom 9. Oktober 1961 zur Vereinheitlichung der Laufzeit von Handelsabkommen mit dritten Ländern eingeräumt.

.../...

(1) Abl. Nr. 71 vom 4.11.1961, S. 1273/61

Artikel 2

Nicht von dieser Abweichung betroffen sind die den Handelsteil betreffenden Durchführungsvorschriften zu dem Abkommen und insbesondere die im Rahmen von Artikel 5 geplanten Massnahmen, die weiterhin den geltenden Gemeinschaftsvorschriften und -verfahren unterliegen, und zwar insbesondere denjenigen, die in den beiden Entscheidungen des Rates vom 9. Oktober 1961 zur Vereinheitlichung der Laufzeit von Handelsabkommen mit dritten Ländern bzw. über ein Konsultationsverfahren vorgesehen sind, sowie denjenigen, die der Rat auf dem Gebiet der gemeinsamen Handelspolitik erlassen wird.

Artikel 3

Diese Entscheidung ist an die Italienische Republik gerichtet.

Geschehen zu Brüssel am

Vorschlag für eine
ENTSCHEIDUNG DES RATES

mit der die Geltungsdauer des Handelsabkommens
zwischen Italien und Jugoslawien über die Über-
gangszeit hinaus genehmigt wird.

DER RAT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN,

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschafts-
gemeinschaft, insbesondere die Artikel 111 und 113,

auf Vorschlag der Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Nach Artikel 1 der Entscheidung des Rates vom 9. Oktober 1961 zur
Vereinheitlichung der Laufzeit von Handelsabkommen mit dritten
Ländern (1) darf die Laufzeit von zwischen Mitgliedstaaten und
dritten Ländern geschlossenen Abkommen über die Handelsbeziehungen
nicht die Übergangszeit überschreiten.

Die italienische und die jugoslawische Regierung sind übereinge-
kommen, das zwischen der Italienischen Republik und der Sozialisti-
schen Föderativen Republik Jugoslawien am 1. Juli 1967 geschlossene
langfristige Handelsabkommen sowie das am 30. April 1969 geschlossene
Handelsprotokoll in Bezug auf den Teil, der sich auf das vorgenannte
Abkommen bezieht, für das Jahr 1970 in Kraft zu lassen.

Die italienische Regierung hat erklärt, dass die verlängerte Gel-
tungsdauer dieses Abkommens und des beigefügten Protokolls nicht
verhindert, dass zu gegebener Zeit nach Artikel 113 Absatz 3 des
Vertrages ein Gemeinschaftsabkommen mit Jugoslawien abgeschlossen
wird, das an Stelle des geltenden bilateralen Abkommens treten
würde.

.../...

(1) AB der Europäischen Gemeinschaften Nr. 71 vom 4.11.1961,
Seite 1274/61.

Bei der durchgeführten Prüfung hat sich kein Anhaltspunkt gefunden, der darauf schliessen liesse, dass unter diesen Umständen die um 1 Jahr verlängerte Geltungsdauer dieses Abkommens und seines Protokolls die Durchführung von Artikel 113 des Vertrages behindern könnte.

Demnach kann die Geltungsdauer dieses Abkommens und seines Protokolls bis zum 31. Dezember 1970 verlängert werden. -

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Das zwischen der Italienischen Regierung und der Jugoslawischen Regierung geschlossene Handelsabkommen und der Teil des ihm beigefügten Protokolls, der sich auf das Abkommen bezieht, können bis zum 31.12.1970 in Kraft bleiben.

Artikel 2

Diese Entscheidung ist an die Italienische Republik gerichtet.

Brüssel, den

Für den Rat
Der Präsident

COMMISSIONE DELLE COMUNITÀ EUROPEE

COM(69) 1331 def.

Bruxelles, 20 dicembre 1969

PROPOSTA DI DECISIONE DEL CONSIGLIO recante deroga alla decisione del 9 ottobre 1961 relativa all'uniformazione della durata degli accordi commerciali, per quanto concerne l'accordo a lungo termine negoziato tra i Governi della Repubblica italiana e dell'U.R.S.S. concernente gli scambi commerciali

(presentata dalla Commissione al Consiglio)

PROPOSTA DI DECISIONE DEL CONSIGLIO che autorizza a mantenere in vigore, oltre il periodo transitorio l'Accordo commerciale concluso tra l'Italia e la Jugoslavia

(presentata dalla Commissione al Consiglio)

COM(69) 1331 def.

PROGETTO
PROPOSTA DI DECISIONE DEL CONSIGLIO

del

recante deroga alla decisione del 9 ottobre 1961 relativa all'uniformazione della durata degli accordi commerciali, per quanto concerne l'accordo a lungo termine negoziato tra i Governi della Repubblica italiana e dell'U.R.S.S. concernente gli scambi commerciali.

IL CONSIGLIO DELLE COMUNITA' EUROPEE,

Visto il Trattato che istituisce la Comunità Economica Europea, e in particolare gli articoli 111 e 113;

Vista la proposta della Commissione;

Considerando che, a norma dell'articolo 1 della decisione del Consiglio del 9 ottobre 1961 (*) la durata degli accordi concernenti i rapporti commerciali tra Stati membri e paesi terzi non può oltrepassare la fine del periodo transitorio;

Considerando che il Governo italiano ha negoziato con il Governo dell'U.R.S.S. un accordo a lungo termine relativo agli scambi commerciali per il periodo 1970-1974;

Considerando che l'obiettivo fondamentale dell'accordo, consistente nel maggior sviluppo possibile dei rapporti commerciali, al fine di ottenere il massimo beneficio reciproco non è incompatibile con l'orientamento generale della politica commerciale comune;

Considerando che gli strumenti e le modalità di attuazione dell'accordo, quali la fissazione annua di elenchi di contingenti, non devono frapporre ostacoli all'attuazione della politica commerciale comune;

Considerando che le trattative su detti elenchi di contingenti devono essere precedute da consultazioni comunitarie in virtù della decisione del Consiglio del 9 ottobre 1961 che istituisce una procedura di consultazione (**)

./.

(*) G.U. del 4.11.1961 n° 71, pag. 1274/61

(**) G.U. del 4.11.1961 n° 71, pag. 1273/61

./.

Considerando che in virtù della decisione del Consiglio del 9 ottobre 1961 che istituisce una procedura di consultazione (*) le trattative su detti elenchi di contingenti devono essere precedute da consultazioni comunitarie;

Considerando che comunque la durata di validità degli elenchi di contingenti non deve oltrepassare la data del 31 dicembre 1970;

Considerando che, dopo la fine del periodo transitorio, ogni atto d'applicazione dell'accordo in particolare la fissazione da parte della Commissione mista di elenchi di contingenti per il 1971 e per gli anni successivi dovrà essere conforme alle norme comunitarie già in vigore nonché alle altre decisioni che il Consiglio avrà adottato in materia;

Considerando che una clausola dell'accordo specifica che "Ciascuna delle due Parti, in relazione ai suoi impegni internazionali, potrà richiedere consultazioni intese a concordare eventuali adeguate misure senza che tuttavia vengano pregiudicati gli obiettivi fondamentali dell'Accordo";

Considerando che secondo le assicurazioni date dal Governo italiano tale clausola gli consentirà di conformarsi agli obblighi derivanti dal Trattato per quanto riguarda in particolare, l'attuazione della politica commerciale comune,

HA ADOTTATO LA PRESENTE DECISIONE:

Articolo 1

La Repubblica italiana è autorizzata a derogare all'articolo 1 della decisione del Consiglio del 9 ottobre 1961 relativa all'uniformazione della durata degli accordi commerciali con i paesi terzi per quanto riguarda l'accordo a lungo termine della Repubblica italiana e dell'U.R.S.S. concernente gli scambi commerciali tra i due paesi.

./.

(*) G.U. n. 71 del 4.11.1961, pag. 1273/61

./.

Articolo 2

Sono escluse dalla presente deroga le modalità di applicazione dell'Accordo in materia commerciale ed in particolare le misure previste nel quadro dell'articolo 5, che restano soggette alle norme e procedure comunitarie attualmente vigenti, in particolare a quelle previste nelle due decisioni del Consiglio del 9 ottobre 1961, relative rispettivamente all'uniformazione della durata degli accordi commerciali coi paesi terzi ed alla procedura di consultazione, nonché a quelle che saranno adottate dal Consiglio in materia di politica commerciale comune.

Articolo 3

La Repubblica italiana è destinataria della presente decisione.

Fatto a Bruxelles, addì

PROGETTO
PROPOSTA DI DECISIONE DEL CONSIGLIO
del

che autorizza a mantenere in vigore, oltre il periodo transitorio l'Accordo commerciale concluso tra l'Italia e la Jugoslavia

IL CONSIGLIO DELLE COMUNITA' EUROPEE,

Visto il Trattato che istituisce la Comunità Economica Europea, e in particolare gli articoli 111 e 113;

Vista la proposta della Commissione;

Considerando che, a norma dell'articolo 1 della decisione del Consiglio del 9 ottobre 1961 relativa all'uniformazione della durata degli accordi commerciali con i paesi terzi (*) la durata degli accordi concernenti i rapporti commerciali tra Stati membri e i paesi terzi non può oltrepassare la fine del periodo transitorio;

Considerando che il Governo italiano ed il Governo iugoslavo hanno convenuto di mantenere in vigore per l'anno 1970 l'accordo commerciale a lungo termine, concluso tra la Repubblica italiana e la Repubblica Socialista Federale di Jugoslavia in data 10 luglio 1967 e del protocollo commerciale concluso il 30 aprile 1969, per la parte riguardante il suddetto accordo;

Considerando che il Governo italiano ha dichiarato che il mantenimento in vigore di tale accordo e del protocollo allegato non sarà tale da ostacolare, quando giungerà il momento, la conclusione, ai termini dell'articolo 113 § 3 del Trattato, d'un Accordo comunitario con i paesi terzi interessati che si sostituirebbe all'Accordo bilaterale in vigore.

./.

(*) G.U. del 4.11.1961, n.71, pag. 1274/61

Considerando che, dato quanto precede, dall'esame effettuato non risulta che il mantenimento in vigore, per un periodo di un anno, di questo accordo e del suo protocollo sia di natura tale da ostacolare l'applicazione dell'articolo 113 del Trattato;

Considerando che il predetto accordo ed il suo protocollo possono pertanto essere mantenuti in vigore fino al 31.12.1970,

HA ADOTTATO LA PRESENTE DECISIONE:

Articolo 1

L'accordo commerciale concluso dal Governo italiano e dal Governo iugoslavo e il protocollo allegato per la parte riguardante il predetto accordo possono rimanere in vigore fino al 31.12.1970.

Articolo 2

La Repubblica italiana è destinataria della presente decisione.

Fatto a Bruxelles, addì